

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Probleme der Akkreditierung und internationalen Anerkennung von Bachelor- und Masterstudiengängen

Der Akkreditierungsrat hat im Juni 2004 seinen Arbeitsbericht für den Zeitraum Januar bis Dezember 2003 vorgelegt (Arbeitsbericht 2003, herausgegeben von der Geschäftsstelle des Akkreditierungsrates, Bonn, 2004). Trotz unbestreitbarer Fortschritte im Verfahren und bei der Geschwindigkeit der Akkreditierung neuer Studiengänge ist das System der Akkreditierung und Re-Akkreditierung noch mit Unzulänglichkeiten behaftet, die der Bericht z. T. auch benennt, bzw. die in der Konstruktion der Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland begründet liegen. Für eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hochschulstandortes müssen diese bestehenden Probleme gelöst werden.

Am 13. Oktober 2004 erschien in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) ein Bericht über die Akzeptanz deutscher Bachelor- und Masterstudiengänge in den USA und in Großbritannien. Nach diesem Bericht werden deutsche Bachelor-Studiengänge in den USA nicht anerkannt. Die Bemühungen Deutschlands, die Vorgaben des Bologna-Prozesses zu erfüllen, seien in den USA praktisch unbekannt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Akkreditierung in Deutschland bislang auf keiner verlässlicheren Rechtsgrundlage als Beschlüssen der Kultusministerkonferenz (KMK) beruht (im Gegensatz zu gesetzlichen Grundlagen in mehreren anderen europäischen Ländern), was vom Akkreditierungsrat selbst als „zunehmend negativ“ angesehen wird?
2. Welches Verfahren soll angewandt werden, wenn Hochschulen gegen eine Versagung der Akkreditierung eines Studienganges klagen?

3. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass eine solche Rechtsgrundlage vom Bund oder von den Ländern geschaffen werden sollte?
Wenn eine solche Rechtsgrundlage vom Bund geschaffen werden sollte, wie wären dann ihre Grundzüge?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Neuregelung, dass seit dem Jahr 2003 nicht nur Bachelor- und Masterstudiengänge akkreditiert werden, sondern auch neu eingerichtete Diplom- und Magisterstudiengänge hinsichtlich des erhöhten Arbeitsaufwandes für den Akkreditierungsrat?
5. Hält die Bundesregierung es für zweckmäßig, dass der Akkreditierungsrat seine Geschäftsstelle bei der KMK hat und von der KMK finanziert wird?
6. Welche Maßnahmen schlägt die Bundesregierung vor, um die Studiengänge, die nach den Strukturvorgaben der KMK besonderen Regelungen vorbehalten bleiben (z. B. Lehramt, Medizin, Rechtswissenschaften), in die Akkreditierung einzubeziehen?
7. Wie gedenkt die Bundesregierung das Ziel des Bologna-Prozesses, bis zum Jahr 2010 flächendeckend – also auch für Medizin, Jura und Lehramtsstudiengänge – Bachelor- und Masterstudiengänge einzurichten, zu erreichen, wenn keine Akkreditierung erfolgt?
8. Hält die Bundesregierung den Vorschlag, Akkreditierung und Evaluation von Studiengängen zu trennen, für sinnvoll?
9. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sich das System der Akkreditierung von Agenturen bewährt hat?
10. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich einer Akkreditierung ausländischer Agenturen?
11. Welche weiteren Vorschläge wird die Bundesregierung vorlegen, um die Akkreditierung und Re-Akkreditierung von Studiengängen zu beschleunigen?
12. Trifft es zu, dass deutsche Bachelor-Abschlüsse von vielen Hochschulen in den USA nicht anerkannt werden, wie die „FAZ“ am 13. Oktober 2004 berichtet?
13. Sieht die Bundesregierung ein Problem darin, dass deutsche Bachelor-Abschlüsse in der Regel in drei Jahren erworben werden, während Bachelor-Abschlüsse in den USA, Australien und Kanada in der Regel in vier Jahren erworben werden?
14. Wäre es aus Sicht der Bundesregierung sinnvoll, den deutschen Bachelor-Abschluss in vier Jahren zu erwerben, auch vor dem Hintergrund des bisherigen deutschen Fachhochschulstudiums, das im Regelfall vierjährige Studiengänge vorsieht?
15. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, dass amerikanische Hochschulen von deutschen Bewerbern einen Masterabschluss erwarten, bevor diese zu einem amerikanischen Master-Studiengang zugelassen werden?
16. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen ein deutscher Absolvent eines Master-Studiengangs in den USA nicht zur Promotion zugelassen wurde?
17. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass die in Deutschland akkreditierten Bachelor- und Masterabschlüsse den amerikanischen Abschlüssen gleichwertig sind?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die britische Regierung 2001 einen Studienabschluss eingeführt hat, der noch unterhalb des Bachelors liegt (Foundation Degree)?

19. Wie beurteilt die Bundesregierung das in dem Artikel der „FAZ“ erwähnte Ergebnis einer Befragung unter sechzig Hochschulen, nach dem 24 Prozent der Befragten den Bologna-Prozess gar nicht kennen und 37 Prozent kaum etwas damit anfangen können?
20. Wie gedenkt die Bundesregierung, die erheblichen Bemühungen des Bundes und der Länder, die Zielvorgaben des Bologna-Prozesses umzusetzen, in den USA besser bekannt zu machen?

Berlin, den 19. Oktober 2004

Ulrike Flach
Cornelia Pieper
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Hellmut Königshaus
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Rainer Stinner
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

